

Demokratie in Gefahr

Beim drohenden EU-Anbin-
dungsvertrag geht es vor allem
um die Frage: Wollen wir an
unserer direkten Demokra-
tie festhalten? Denn eines ist
klar: Wenn das Volk dem EU-
Vertrag zustimmt, ist es mit
der Mitbestimmung – wie wir
sie kennen – aus und vorbei.
Wir können zwar immer noch
Stimmzettel ausfüllen. Aber
immer, wenn wir uns in Fra-
gen des europäischen Bin-
nenmarktes gegen den Willen
der EU stellen, haben wir das
Brüsseler Schwert im Nacken.
Wenn der Entscheid nicht so
herauskommt, wie die EU will,
gibt es Sanktionen (schönfär-
berisch «Ausgleichsmassnah-
men» genannt).

Das ist das Gegenteil von
Demokratie, denn Demokra-
tie ist die Herrschaft des Vol-
kes. Es muss immer ein Ja oder
ein Nein möglich sein. Doch
mit dieser freien Ausübung
des Stimmrechts wäre es mit
dem EU-Unterwerfungsver-
trag vorbei. Es handelt sich
also um einen schwerwie-
genden Eingriff in die Freiheit
unserer Stimmabgabe.

Nun hatte die Classe poli-
tique noch nie wirklich Sym-
pathie für die direkte Demo-
kratie. Vielmehr sind die hier-
zulande ausgeprägten Rechte
unserer Bürgerinnen und
Bürger den Regierenden und
ihrer Verwaltung in Bern ein
störendes Ärgernis. Denn die



Möglichkeit des «Mitregie-
rens» unseres Volkes schränkt
die Möglichkeiten und die
Macht der Politiker und ihres
Apparats ein – was natürlich
lästig ist.

Aber genau dank dieses
weltweiten Sonderfalls von
Mitbestimmungsrechten
auch in Sachfragen hat es die
Schweiz zu Wohlstand, Sta-
bilität und Rechtssicherheit
gebracht. Die kurzsichtige
Classe politique sieht dies lei-
der anders und will bei der
kommenden Abstimmung
sogar die Kantone ausbrem-
sen. Das ist allerdings ein
verheerendes Schwächezei-
chen. Als einzigen Grund für
ein Ja hört man, wir müssten
ein «gutes Verhältnis» zur EU
haben. Einverstanden, aber
nicht auf Kosten der Freiheit.

E gfreuti Wuche
Christoph Blocher